



Zur Bewältigung seiner Wirtschaftskrise muss Sri Lanka demilitarisieren

Ben Andak

Sri Lanka verfügt über einen Militärapparat, der im Rahmen verschiedener Wirtschaftskrisen und zur Niederschlagung tamilischen Widerstands stark aufgebläht wurde. Er hilft dem autoritären Regime, einen singhalesisch-buddhistischen Staat gegen die tamilische und die muslimische Minderheit durchzusetzen. Die aktuelle Wirtschaftskrise in Sri Lanka hat zu einer Explosion der Gewalt in dem Inselstaat geführt. Diese Gewalt wird erst dann aufhören, wenn das Land seinen Krieg gegen Tamilen und Muslime beendet und seinen Militärhaushalt drastisch reduziert.

Sri Lanka befindet sich in einer dramatischen Krise. Mitte Mai 2022 wurden die Häuser regierungsnaher Abgeordneter in Brand gesetzt und Fahrzeuge auf der ganzen Insel umgestürzt. Mehrere Menschen wurden getötet, Hunderte verletzt. Regierungsgegner:innen geraten immer wieder in tätliche Auseinandersetzungen mit Anhänger:innen des Rajapaksa-Clans. Das Militär wurde eingesetzt, um eine allgemeine Ausgangssperre durchzusetzen.

Diese Explosion der Gewalt, die nach einem Monat relativ friedlicher Demonstrationen als Reaktion auf die Wirtschaftskrise des Landes erfolgte, ist auf der Insel nicht ungewöhnlich, selbst in der kosmopolitischen Hauptstadt Colombo, dem Sitz der politischen und finanziellen Elite des Landes. Aber es ist schon einige Jahre her, dass es zu derartig weit verbreiteten Unruhen kam, die durch eine gravierende Wirtschaftskrise ausgelöst wurden und alle Schichten der srilankesischen Gesellschaft erfassten, einschließlich der wohlhabenden Mittelschicht.

Die Bürger:innen, die keinen Zugang mehr zu Cash hatten, waren mit häufigen Stromausfällen, einer Inflation in Rekordhöhe und einem Mangel an lebenswichtigen Gütern wie Lebensmitteln und Medikamenten konfrontiert. Die Regierung Sri Lankas sah sich gezwungen, den Internationalen Währungsfonds (IWF) um Hilfe zu bitten, nachdem sie dies zuvor monatelang abgelehnt hatte.

Viele sind zunehmend beunruhigt über den autoritären Charakter ihrer Regierung und sehen die Schuld bei Präsident Gotabaya Rajapaksa. Sie gehen auf die Straße und fordern: "Gota Go Home". Aber die Krise in Sri Lanka kann nicht allein einer Familie angelastet werden. Auch der IWF wird die Insel nicht von der eigentlichen Ursache der Krise befreien: die militarisierte und ethnokratische Verfasstheit des Staates.

Über Generationen hinweg wurde das Militär Sri Lankas infolge einer rassistischen Ideologie in verschiedenen Bereichen der Zivilgesellschaft verankert, und zwar auf Kosten der Wirtschaft sowie der Freiheit und der demokratischen Bestrebungen der Bürger:innen. Besonders hart trifft dies die nicht-singhalesischen Bevölkerungsgruppen, namentlich die Tamilen und die Muslime im Nordosten der Insel.

Rajapaksas Versprechen

Im November 2019 hätten nur wenige Kommentator:innen Massenproteste gegen den neu ernannten Präsidenten Gotabaya Rajapaksa vorausgesagt. Der ehemalige Verteidigungsminister hatte in seinem Wahlkampf mit seinen militärischen Qualitäten geworben und den extremen singhalesischen Nationalismus auf die Spitze getrieben. "Es ist kein Geheimnis, dass die Mehrheit, die damals für mich gestimmt hat, Singhalesen waren", sagte Rajapaksa vor dem srilankesischen Parlament. "Sie sind mobilisiert, weil sie berechtigte Ängste hatten, dass die singhalesische „Rasse“ (*race*), unsere Religion, die nationalen Ressourcen und das Erbe von Zerstörung bedroht sind angesichts verschiedener einheimischer und ausländischer Kräfte und Ideologien, die Separatismus, Extremismus und Terrorismus unterstützen."

Während seiner gesamten Kampagne griff er die vorige Regierung wiederholt an, weil sie zu versöhnlich gegenüber Muslimen und Tamilen agiert hätte, und kritisierte, dass die Resolution des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen von 2015 angenommen und ein Büro für „Missing Persons“ eingerichtet wurde. Rajapaksa behauptete, eine solche Bereitschaft zu Rechenschaftspflicht würde die nationale Sicherheit gefährden. Seine Unterstützer:innen sahen diese Position dadurch gerechtfertigt, dass die alte Regierung die Bombenanschläge vom Ostersonntag 2019 durch eine islamistische Extremistengruppe nicht verhindert hatte, bei denen fast 269 Menschen ums Leben kamen.

Im August 2020 gewann Gotabaya Rajapaksa bei den Parlamentswahlen eine Zweidrittelmehrheit. Nachdem er sich seine Mehrheit auf der Grundlage eines singhalesischen Nationalismus und einer technokratischen Militärregierung gesichert hatte, festigte er rasch seine Herrschaft und die Kontrolle über den Staat. Wichtige Kabinettsposten wurden an ehemalige Militärkommandeure vergeben, und Rajapaksa setzte die zwanzigste Änderung der Verfassung Sri Lankas um, die die Präsidentschaft stärkte und die verbliebenen demokratischen Garantien schwächte. Dies half ihm, eine Reihe von Wirtschaftsreformen durchzusetzen, darunter ein Verbot von chemischen Düngemitteln, was zu einem Einbruch der Ernteproduktion führte, Steuersenkungen, die einen Rückgang der Steuereinnahmen um ein Viertel zur Folge hatten, und die weitere Aufblähung des Militärhaushalts. Zusammen mit einer Reihe von externen Schocks erwiesen sich diese Maßnahmen als Wendepunkt für die Wirtschaft Sri Lankas. Schon bald kam es zu einer Krise, als die Inflation und die Preise für Grundgüter in die Höhe schnellten, während sich die Auslandsschulden auf türmten.

Am 12. April 2022, als die Demonstrant:innen auf der Straße waren, erklärte der Gouverneur der Zentralbank Sri Lankas, dass das Land nicht mehr in der Lage sei, seinen internationalen Schuldverpflichtungen von 51 Milliarden Dollar nachzukommen. Zwar spielten Rajapaksas autoritärer Regierungsstil und das aufgeblähte Militär eine zentrale Rolle in der Krise, aber es hat auch eine lange Geschichte, die weit vor dieses Regime zurückreicht.

Normalisierung der Militärrherrschaft

Eine Schlüsselfigur zum Verständnis der Rolle des Militärs in Sri Lanka ist der erste Exekutivpräsident des Landes, J.R. Jayewardene, Führer der marktfreundlichen United National Party (UNP), die im Jahr 1977 einen Erdrutschsieg erzielte. Ähnlich wie Rajapaksa festigte er die Kontrolle über den Staat durch eine neue Verfassung, die ihm weitreichende Befugnisse als Exekutivpräsident einräumte. Mit seiner Herrschaft über den Staat setzte Jayewardene auf neoliberale Marktreformen. Weil die Regierung Importkontrollen abschaffte, Subventionen für Lebensmittel und Benzin strich und

die Zahl der zivilen Staatsbediensteten erheblich reduzierte, vergrößerte sich die Kluft zwischen der Mittelschicht und den Armen.

Um diese Reformen durchzusetzen, kompensierte Jayewardene ihre sozialen Auswirkungen mit dem Ausbau des Militärs. In den 1990er Jahren wurde die Armee zum größten Einzelarbeitgeber des Landes. Für viele Singhalesen milderte dies die wachsenden Klassenunterschiede und diente als wichtiger Mechanismus zur Armutsbekämpfung in einer schwachen ländlichen Wirtschaft. Dies galt aber nicht für die Tamilen, da das Militär fast ausschließlich monoethnisch war.

1979 verabschiedete Jayewardene das drakonische Gesetz zur Verhinderung von Terrorismus, das sich vor allem gegen tamilische Jugendliche richtete und den Sicherheitsbeamten weitreichende Befugnisse einräumte, unter anderem willkürliche Inhaftierung von Verdächtigen bis zu achtzehn Monaten ohne Gerichtsverfahren. Obwohl das Gesetz als befristete Maßnahme verabschiedet wurde, wird es noch heute angewandt und wird in Verbindung gebracht mit dem Verschwinden von Personen und Berichten über Folter und sexueller Gewalt.

Die Wirtschaft Sri Lankas wurde zunächst durch das übergroße Militär gestärkt, das die srilankesische Führung mit dem Hinweis auf die Gefahren durch militante Tamilen rechtfertigte. Unter der Präsidentschaft von Chandrika Kumaratunga und Mahinda Rajapaksa wurde es weiter aufgestockt.

Der Völkermord in Sri Lanka

Im Jahr 2005 gelangte Mahinda Rajapaksa, der ältere Bruder des derzeitigen Präsidenten Gotabaya Rajapaksa, bei den Präsidentschaftswahlen mithilfe einer weiteren singhalesisch-nationalistischen Plattform an die Macht. Obwohl der Waffenstillstand zwischen dem Staat und den Befreiungstigern von Tamil Eelam (LTTE) noch galt, baute die Regierung das Militär rasch aus. Im Jahr 2005 belief sich die Truppenstärke auf 120.000 Mann, doch bis 2009 stieg sie auf 300.000.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die srilankesische Führung längst darauf geeinigt, dass der bewaffnete Konflikt nur durch einen militärischen Sieg beendet werden kann. Dieser würde darin gipfeln, was tamilische Rechtsgruppen „Völkermord“ nennen. Die srilankesischen Streitkräfte bombardierten wiederholt zivile Sperrzonen; Kämpfer:innen, die sich ergaben, wurden ausnahmslos hingerichtet; Hunderte berichteten von sexueller Gewalt und Vergewaltigung; Hunderte wurden in militärischen Gewahrsam genommen und von ihren Angehörigen nie wiedergesehen. Nach UN-Statistiken wurden im letzten Jahr des Konflikts schätzungsweise 40.000 Menschen getötet. Tamilische Quellen sprechen von bis zu 146.679 unauffindbaren Personen.

Nur wenige Monate nach den Massakern befand sich Sri Lanka in einer erneuten Finanzkrise. Exorbitante Militärausgaben, ein globaler Finanzcrash und eine steigende Inflation hatten die Rajapaksas erneut zum IWF getrieben. Der Regierung wurde vom IWF rasch ein Rettungspaket in Höhe von mehr als 1,6 Milliarden Dollar gewährt. Aber die Krise war nicht gelöst. Stattdessen wurde die Kultur der Straflosigkeit und des Militarismus fortgesetzt und ausgeweitet. Heute ist das Militär Sri Lankas trotz des Endes des bewaffneten Konflikts zahlenmäßig immer noch mehr als doppelt so groß wie das britische Militär. Im Staatshaushalt Sri Lankas für 2022 sind 12,3 Prozent für das Militär vorgesehen.

In der Zeit nach dem Konflikt hat das Militär eine neue Rolle übernommen. Es dehnte seine Besetzung der angestammten tamilischen Gebiete im Nordosten des Landes sowie seine Zuständigkeit für die Überwachung der Wirtschaftszweige Tourismus und Landwirtschaft aus. Unter dem Regime von Gotabaya Rajapaksa hat sich das Militärregime weiter dadurch etabliert, dass Generäle für den Zoll, die Hafenbehörde, die Entwicklung, die Armutsbekämpfung und sogar die Pandemiebekämpfung zuständig sind.

Bemerkenswert ist, dass diese Ausdehnung militärische Machtbefugnisse unabhängig von der jeweiligen Regierung erfolgt ist. Im Jahr 2015 wurde Mahinda Rajapaksa aufgrund der wachsenden Unzufriedenheit über die Korruption in seiner Regierung abgesetzt. Maithripala Sirisena sicherte sich die Präsidentschaft mit der Unterstützung der Tamilen und Muslime und gelobte eine Ära der "guten Regierungsführung". Trotz dieser Rhetorik weigerte sich seine Regierung, die militärische Expansion einzudämmen oder eine Rechenschaftspflicht einzuführen. Auf einer Veranstaltung in Horowathana schwor er, er werde "nicht zulassen, dass ausländische Kräfte ihre Hände an Kriegshelden legen" und schloss eine internationale Untersuchung von Kriegsverbrechen aus.

Bis 2018 betrieb das Militär Sri Lankas eine Reihe von Luxushotels und Resorts sowie zahlreiche Golfplätze, Fluggesellschaften und ein Naturschutzgebiet. Auch seine Präsenz in tamilischem Gebiet wurde ausgeweitet: Vierzehn der einundzwanzig Divisionen sind im Norden stationiert. Dreizehn Jahre nach dem Ende des bewaffneten Konflikts ist das srilankesische Militär weiterhin eine übermächtige Autorität auf der Insel.

Ein singhalesisch-buddhistischer Staat

Neben der Erpressung von Tamil:innen betreibt das Militär ein intensives Überwachungssystem und führt routinemäßig Einschüchterungen und Schikanen gegen Andersdenkende durch. Sein übergeordnetes Ziel ist nicht nur die Unterdrückung der demokratischen Bestrebungen der Tamil:innen, sondern die ganze Insel auf Linie zu bringen mit der Vision eines singhalesisch-buddhistischen Gemeinwesens.

Überall im Nordosten haben sich die Tamil:innen gegen die anhaltende Landnahme und die Versuche gewendet, ihre Landschaft durch die Errichtung buddhistischer Denkmäler und singhalesischer Siedlungen zu verändern. Ein Bericht des US-Außenministeriums von 2018 äußerte Bedenken, dass dies eine Form der "religiösen Einschüchterung" ist mit der Errichtung von Heiligtümern, wo es "nur wenige oder gar keine buddhistischen Einwohner:innen" gab. Der Bericht stellt fest, dass Sri Lankas Sicherheitsbeamte oft am Bau dieser Monumente beteiligt waren. Wegen seiner engen Verbindung mit buddhistischen Klöstern erhielt das Militär in den Augen singhalesischer Nationalisten einen quasi sakralen Charakter.

Obwohl die singhalesischen Siedler das Eindringen des Militärs begrüßten, erinnert es deutlich an die Besatzungszeit. Es wurden nicht nur tamilische Kriegsdenkmäler zerstört, sondern es werden auch regelmäßig Versuche der Tamil:innen unterdrückt, der Kriegstoten zu gedenken. Im Vorfeld von Gedenkfeiern für die Kriegstoten drohte die srilankesische Polizei einer tamilischen Politikerin damit sie zu erschießen, wenn sie es wagen sollte, eine Gedenklampe anzuzünden.

UN-Sonderberichterstatter Pablo de Greiff hat diese Überwachung angeprangert. In einer Erklärung führt er aus, dass "trauernde Familien das Bedürfnis geäußert haben, Fotos ihrer verstorbenen Angehörigen in Uniform zu vergraben oder aus Angst vor Schikanen durch die Sicherheitskräfte zu zerstören". Der Militärapparat soll nicht nur das Gedächtnis an die tamilischen Opfer auslöschen, sondern auch legitime demokratische Forderungen ersticken. Im Februar letzten Jahres schlossen sich Tamilen und Muslime in einer noch nie dagewesenen Solidarität zusammen, als sie von Pottuvil nach Polikandy marschierten, den beiden Endpunkten des traditionellen tamilischen Heimatlandes. Zu ihren Forderungen gehörten die Entmilitarisierung und die internationale Rechenschaftspflicht für srilankesische Kriegsverbrechen. Sie wurden nicht nur von srilankesischen Offizieren schikaniert, sondern die Teilnehmer:innen wurden fotografiert und später zu Verhören vorgeladen. Der srilankesische Minister für öffentliche Sicherheit rief offen dazu auf, mit Tränengas gegen prominente tamilische Politiker:innen, die an der Demonstration teilnahmen, vorzugehen und sie zu verhaften.

Sri Lanka demilitarisieren!

Für viele auf der Insel besteht die Hoffnung, dass externer Druck durch den IWF diese militarisierte Regierungsführung durchbrechen kann, indem er den srilankesischen Staat zu strukturellen Reformen zwingt. Aber dies ist nicht das erste Mal, dass Sri Lanka sich seit dem Ende des bewaffneten Konflikts an den IWF wendet. Wiederholt hat der IWF ein Auge zugedrückt bei Übergriffen des Militärs und drängte auf Sparprogramme, die die Armen nur noch mehr verelenden lassen.

Heute liegt Colombo nach dem Blutbad, das singhalesische Nationalisten angerichtet haben, in Trümmern. Damit die Bürger:innen sich aus diesem Kreislauf der Gewalt befreien können, müssen sie sich von der ethnonationalistischen Ideologie lösen, die politische Gestalten wie die Rajapaksas an die Spitze der srilankesischen Politik gebracht hat. Um die Wirtschaftskrise zu lindern, müssen die Staatsausgaben für ein aufgeblähtes und übermächtiges Militär eingestellt werden. Sri Lanka muss die Infiltration des Militärs in alle Bereiche der Gesellschaft zurückweisen und sich entmilitarisieren.

Übersetzung: Christa Wichterich

Der Autor

Ben Andak ist Mitarbeiter des Tamil Guardian mit Schwerpunkt auf Sri Lanka und Menschenrechten.

Der Artikel erschien zuerst in der Zeitschrift Jacobin am 16.Mai 2022

<https://www.jacobinmag.com/2022/05/sri-lanka-crisis-military-rajapaksas-tamils-repression>

Er wurde nachgedruckt von Europe Solidaire Sans Frontières (ESSF)

<http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article62486>.

V.i.S.d.P.:

Jean Donauer

Stiftung Asienhaus

Hohenzollernring 52

50672 Köln (Germany)

speak.up@asienhaus.de

www.asienhaus.de

Hrsg.: Redaktionsnetzwerk Südasiens

Das Redaktionsnetzwerk Südasiens ist eine Kooperation zwischen der Stiftung Asienhaus und dem Südasiensbüro.

SÜDASIEN

 **Stiftung
Asienhaus**